



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

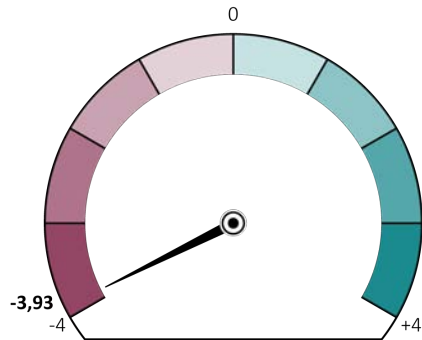
German Business Panel

Betriebswirtschaftliche Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland

GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Januar 2022

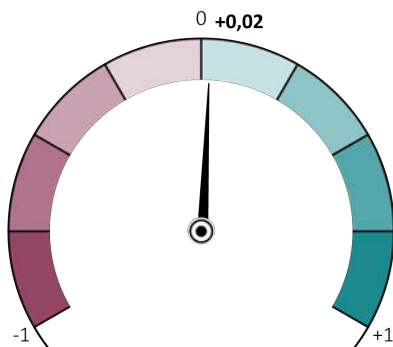
Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“

Die Ergebnisse der GBP-Unternehmenstrends für Januar auf einen Blick



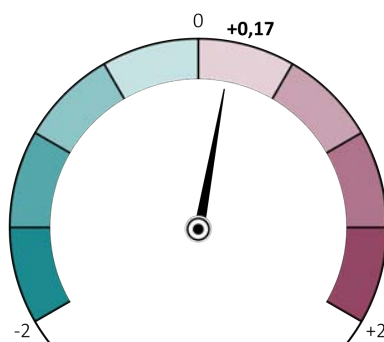
Entwicklung der Gewinnveränderung

Die Situation der Unternehmen verschlechtert sich zum Jahresende erheblich: Von November auf Dezember sinkt die Gewinnveränderung um **-3,93 Prozentpunkte** und liegt erstmals seit September wieder deutlich im negativen Bereich.



Wirtschaftspolitik aus Unternehmenssicht

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik bleibt im Dezember beinahe konstant: Die Veränderung zum November beträgt **+0,02 Punkte**. Bei gestiegenen Einschränkungen des Wirtschaftslebens durch Maßnahmen gegen die Pandemie sinkt die Zufriedenheit mit der Coronapolitik demgegenüber auf einen neuen Befragungstiefstand.



Risiko von Unternehmensschließung

Die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit steigt im Dezember zum dritten Mal in Folge um **+0,17 Prozentpunkte**. Bei Branchen, die von weiteren Lockdowns bedroht sind, steigt das Risiko der Unternehmensschließung sogar um +1,96 Prozentpunkte auf 22,46 %.

TEIL I

Aktuelle Daten zur betriebswirtschaftlichen Situation von Unternehmen in Deutschland

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über die aktuellen Daten des GBP zu Unternehmen in Deutschland. Die Darstellung der unternehmerischen Lage umfasst vier feste thematische Schwerpunkte. Sie dienen als zentrale Indikatoren, deren Entwicklung im Zeitverlauf verfolgt und verglichen werden kann:

1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen
2. Unternehmerische Entscheidungen
3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche
4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik



Die Ergebnisse in Teil I dieses Berichts basieren auf der GBP-Unternehmensstudie aus dem Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2021. In diesem Zeitraum wurden mehr als 5.600 vollständig abgeschlossene Interviews geführt und ausgewertet. Die befragten Unternehmen decken mehr als 80 Branchen (Zweistellerebene der WZ2008) ab. Die monatlichen Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, sodass sie der Verteilung der Unternehmen aus dem Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts entsprechen.

Schwerpunkt 1

Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

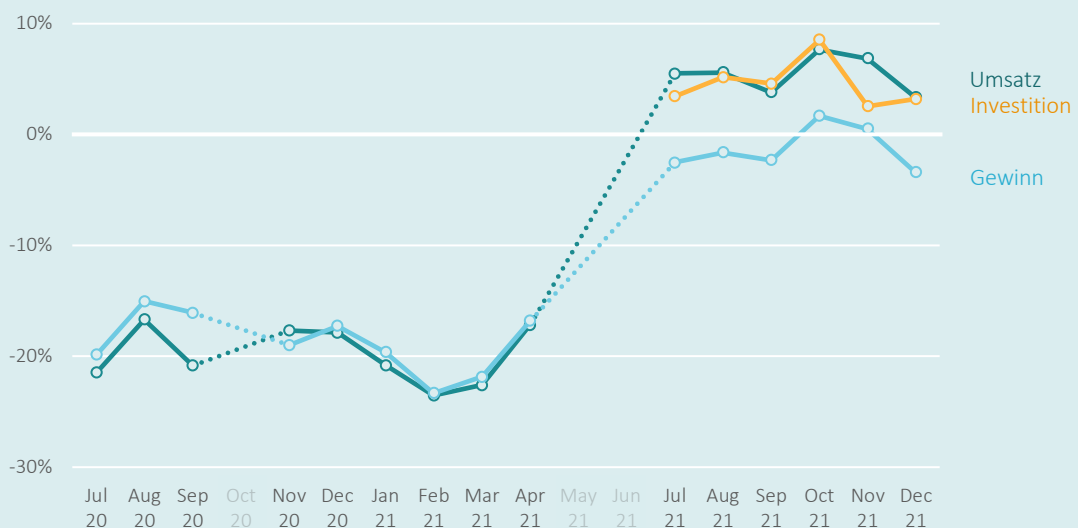
Nachdem der Wachstumstrend der Vormonate schon im November 2021 endete, verschärft sich diese Abschwächung der Wachstumsdynamik im Dezember deutlich: Im Vergleich zum Vormonat ist zum Jahresende nun sogar ein auffällig starker Rückgang der Änderungsrate von Gewinnen und Umsätzen zu verzeichnen. Erneut entwickeln sich die betrieblichen Umsätze und Gewinne entgegengesetzt zum Pandemiegeschehen in Deutschland und spiegeln die im Dezember weiter gestiegenen Einschränkungen des Wirtschaftslebens wider.

Während die unternehmerischen Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat trotz dieses Rückgangs zwar noch wachsen (+3,35 %), rutscht die Gewinnveränderung im Dezember 2021 erstmals seit September wieder deutlich in den negativen Bereich (-3,42 % im Vergleich zum Dezember 2020). Relativ zu den bereits schwachen Vorjahreszahlen scheint sich die betriebswirtschaftliche Situation angesichts der vierten Corona-Welle, anhaltender Lieferengpässe und der Ungewissheit angesichts der politischen Forderungen nach weiteren Lockdowns im zweiten Jahr der Pandemie demnach sogar noch einmal zu verschlechtern.

Tabelle I-1: Die Änderungsrate der Umsätze und Gewinne sinkt im Dezember stark

In % im Vergleich zum Vorjahresmonat	Umsatz- veränderung	Gewinn- veränderung	Investitions- veränderung
Dezember 2021	+3,35	-3,42	+3,21
November 2021	+6,88	+0,51	+2,55
Oktober 2021	+7,66	+1,69	+8,54

Abbildung I-1: Die Gewinnveränderung rutscht im Dezember sogar wieder deutlich in den negativen Bereich



Schwerpunkt 2

Unternehmerische Entscheidungen

Managementindikator

Die deutliche Verschlechterung der betriebswirtschaftlichen Situation im Dezember spiegelt sich konkret in der unternehmerischen Entscheidungsplanung wider: Im Vergleich zum Vormonat gehen geplante Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung weiter zurück. Dies liegt an einem starken Anstieg des Anteils an Unternehmen, die diese Ausgaben reduzieren will (+2,9 Punkte). Gleichzeitig planen im Dezember immer mehr Unternehmen, Ausschüttungen und Entnahmen zu senken, anstatt diese zu erhöhen. Während der momentan angespannten pandemischen Lage ergreifen Unternehmen also vermehrt liquiditätssichernde Entscheidungen.

Gleichzeitig bleibt die Neigung zu Preiserhöhungen unter deutschen Unternehmen im Dezember sehr hoch: Während nur 5,2 % der Unternehmen ihre Preise innerhalb der kommenden 12 Monate senken wollen, planen 64,6 % der befragten Unternehmen mit Preiserhöhungen. Dies geht mit weiter gestiegener Neigung zur Kostensenkung einher. Der Anteil der Unternehmen, dem es in diesem Umfeld gelang, Kosten zu senken, steigt auf 22,9 % (+3,9 Punkte).

Tabelle I-2a: Im Dezember ist eine gesteigerte Tendenz zu liquiditätssichernden Maßnahmen zu verzeichnen

Entscheidungsplanung (Saldo Erhöhung und Reduzierung)	Oktober 2021	November 2021	Dezember 2021
Forschung und Entwicklung	+19,2	+15,5	+14,3
Fixkosten	+18,9	+17,3	+12,6
Ausschüttungen und Entnahmen	-15,1	-9,0	-18,5
Preise	+60,6	+58,6	+59,4

Ermittlung des Scores: Aus der Anzahl der Unternehmen, welche die betreffende Position erhöhen oder senken wollen (siehe unten), wird der Saldo berechnet. Angaben, die keine Veränderung anzeigen, bleiben hierbei unberücksichtigt.

Tabelle I-2b: Belegung der Antwortkategorien im Dezember 2021

Anteil (in %)	Senkung	Keine Änderung	Erhöhung
Forschung und Entwicklung	10,4 (+2,9)	64,9 (-4,5)	24,7 (+1,7)
Fixkosten	22,9 (+3,9)	42,0 (-2,8)	35,5 (-1,2)
Ausschüttungen und Entnahmen	31,7 (+6,6)	55,2 (-3,6)	13,2 (-2,9)
Preise	5,2 (+0,5)	30,2 (-1,9)	64,6 (+1,3)

Schwerpunkt 3

Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche

Indikator für Unternehmenskrisen

Während sich die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu Jahresende im Mittel deutlich eintrüben, steigt im Dezember auch der Anteil an Unternehmen, die nach Einschätzung von Wettbewerbern aus derselben Branche innerhalb des kommenden Jahres aus der Geschäftstätigkeit ausscheiden. Im November wächst diese erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit bereits zum dritten Mal in Folge – wenn auch leicht – auf durchschnittlich 13,2 %.

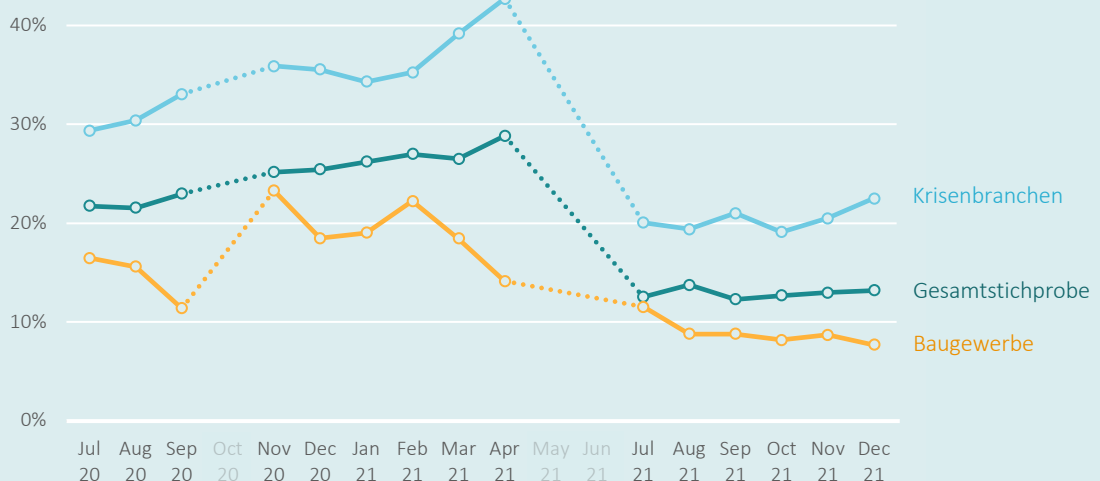
In der genaueren Betrachtung einzelner Branchen ergeben sich jedoch stark unterschiedliche Entwicklungen. Besonders kritisch ist die Lage in denjenigen Branchen, die bereits von Ladenschließungen im Zuge des Teil-Lockdowns im November und Dezember 2020 betroffen waren: Angesichts wieder aufflammender politischer Forderungen nach erneuten Lockdowns steigt in diesen Branchen die Ausfallwahrscheinlichkeit auf 22,5 % (+2,0 Punkte). Demgegenüber bleiben andere Branchen, wie etwa das Baugewerbe oder das verarbeitende Gewerbe, von solchen Bedrohungen weitestgehend unberührt. Hier sinkt die Ausfallwahrscheinlichkeit sogar von November auf Dezember 2021.

Tabelle I-3: Der Indikator für Unternehmenskrisen steigt zum dritten Mal in Folge

Ausfallwahrscheinlichkeit	Gesamtstichprobe / alle Branchen	Handel	Verarbeitendes Gewerbe	Krisenbranchen*	Baugewerbe
Dezember 2021	13,2 %	13,5 %	12,6 %	22,5 %	7,7 %
November 2021	13,0 %	14,4 %	14,1 %	20,5 %	8,7 %
Oktober 2021	12,7 %	14,1 %	12,5 %	19,1 %	8,2 %

* Zusammenfassung der von den November- und Dezemberschließungen betroffenen Wirtschaftszweige

Abbildung I-3: Die Ausfallwahrscheinlichkeit steigt vor allem in den Krisenbranchen



Schwerpunkt 4

Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitischer Index

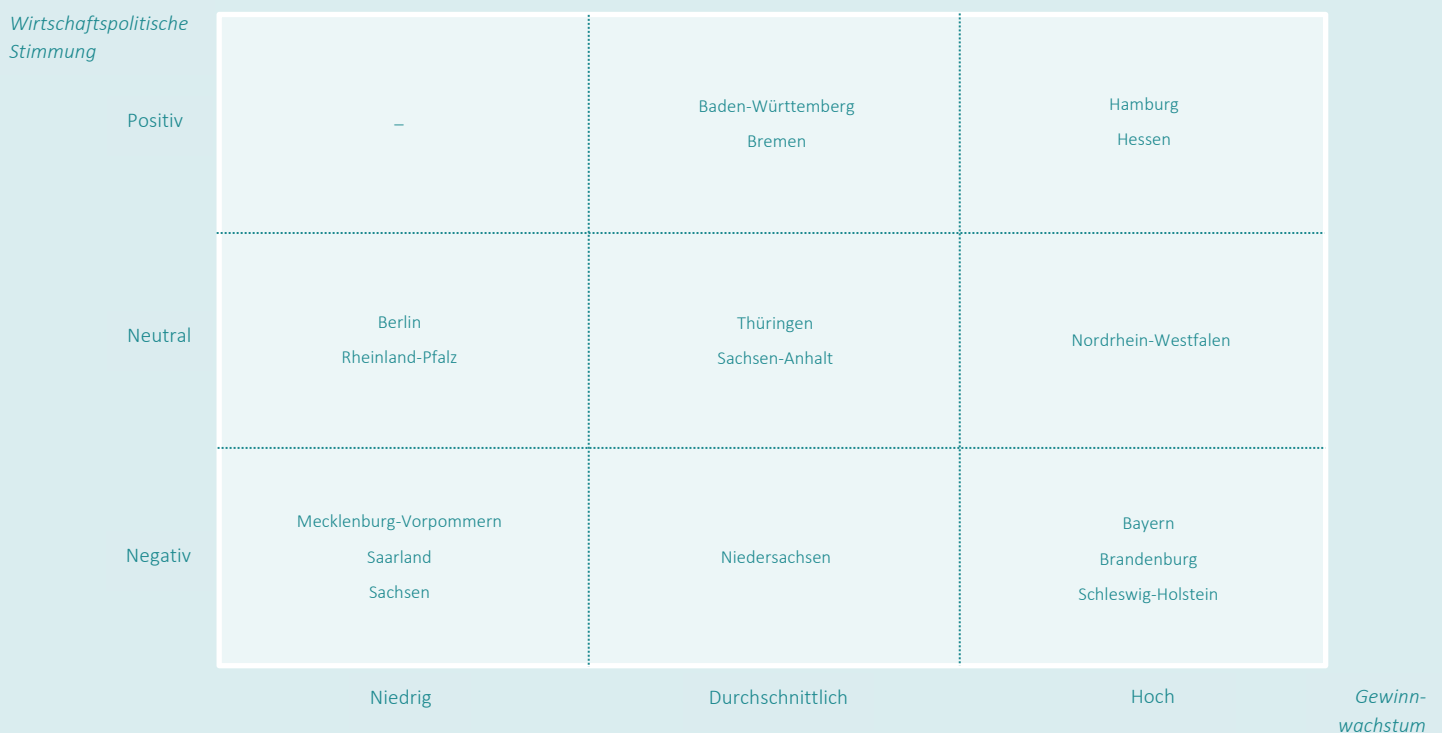
Die Zufriedenheit von Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik liegt im Dezember beinahe unverändert bei einem durchschnittlichen Wert von 4,11 Punkten (auf der 11-Punkte Skala). Demgegenüber sinkt im Dezember erneut die Zufriedenheit der Unternehmen mit der Coronapolitik auf ein neues Rekordtief: Während diese im Oktober noch bei 4,85 Punkten lag, fällt die Bewertung im Dezember auf 4,07 Punkte. Die Verteilung der Antworten bezüglich beider Zufriedenheitswerte wird in Teil II dieses Berichts genauer beleuchtet.

Abbildung I-4 stellt das Verhältnis der wirtschaftlichen Zufriedenheit und des Gewinnwachstums auf Bundesländerebene dar. Den Vergleichsmaßstab der wirtschaftspolitischen Stimmung und der Unternehmensprofitabilität bildet dabei der jeweilige Bundesdurchschnitt im Zeitraum von Juli bis Dezember 2021.

Tabelle I-4: Die Zufriedenheit mit der Coronapolitik sinkt auf einen Tiefststand

Zufriedenheitsindex (0-10)	Oktober 2021	November 2021	Dezember 2021
Wirtschaftspolitik	4,13	4,09	4,11
Coronapolitik	4,85	4,28	4,07

Abbildung I-4: Die regionale Aufgliederung zeigt den Zusammenhang zwischen Gewinnveränderungen und der wirtschaftspolitischen Stimmung



TEIL II

Unternehmen bewerten 3G am Arbeitsplatz betriebswirtschaftlich kontrovers

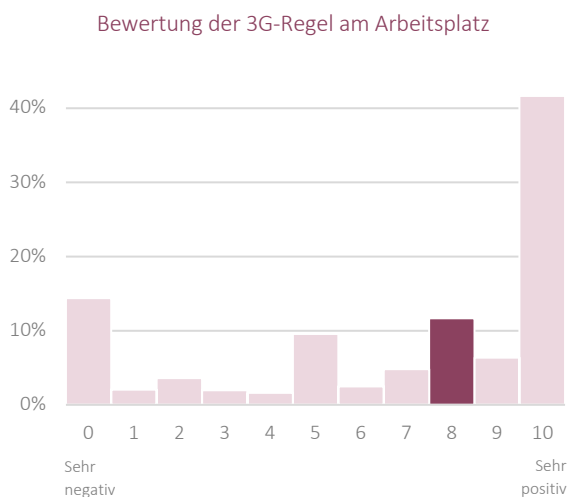
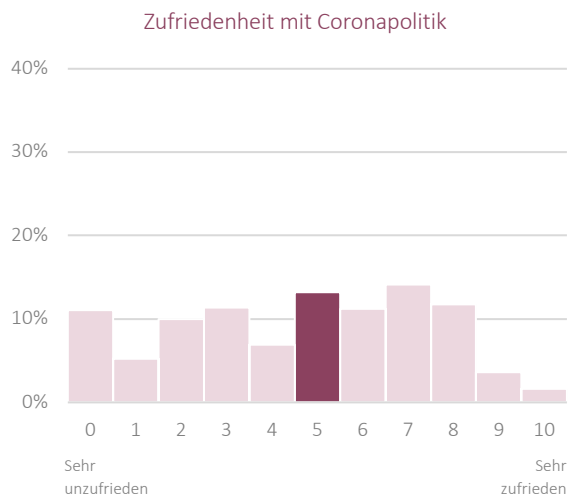
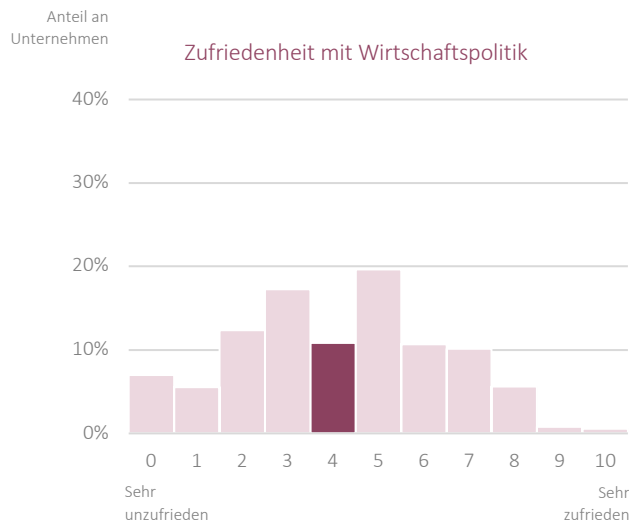
Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über Auswertungen der Daten des GBP zu besonders aktuellen Fragen. Mit dem Infektionsschutzgesetz vom 24. November 2021 gilt die 3G-Regel am Arbeitsplatz, die Beschäftigten den Zugang zur Arbeitsstätte nur erlaubt, wenn sie gegen das Coronavirus geimpft sind, genesen oder negativ getestet sind. In diesem Monat zeigen wir, wie Unternehmen diese Regel bewerten und inwiefern sie durch die Verpflichtung finanziell belastet werden.



Die Ergebnisse in Teil II dieses Berichts basieren unter anderem auf der GBP-Sonderbefragung aus dem Zeitraum vom 6. bis 31. Dezember 2021. Die Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, sodass sie der Verteilung der Unternehmen aus dem Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts entsprechen.

1. Das politische Management der Corona-Krise und insbesondere die neue 3G-Regel am Arbeitsplatz belasten deutsche Unternehmen sehr unterschiedlich

Abbildung II-1: Die Verteilung der Zufriedenheitswerte



Im Dezember haben wir die Unternehmen zusätzlich zur Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik und speziell der Coronapolitik gefragt, wie sie aktuelle Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung gerade im Hinblick auf ihre betriebswirtschaftlichen Auswirkungen bewerten. Seit dem 24. November 2021 sind Arbeitgeber verpflichtet, die Einhaltung der 3G-Regel am Arbeitsplatz sicherzustellen. Wer seitdem Zutritt zur Arbeitsstätte haben will, muss seinen Impf- bzw. Genesenenstatus belegen oder einen Negativ-Test gegen das Coronavirus vorlegen. Die Verteilungen der Antworten sind in der nebenstehenden Abbildung dargestellt. Der jeweilige **Median** ist **farblich hervorgehoben**.

Besonders auffällig ist, dass sich die Verteilungen der Antworten stark unterscheiden: Während extreme Einstellungen gegenüber der allgemeinen Wirtschaftspolitik eher selten sind und ein Großteil der Antworten auf ein mittleres Zufriedenheitsniveau fällt, weist die Einschätzung der Coronapolitik eine höhere Streuung auf. Bei der Bewertung der 3G-Regel am Arbeitsplatz überwiegen dann die extremen Einschätzungen: Fast 60 % der Antworten fallen hier in eine der äußersten Kategorien.

Demnach halten sogar mehr als 40 % der befragten Unternehmen die neue Vorschrift für sehr positiv. Diesen uneingeschränkten Befürwortern steht allerdings auch ein beträchtlicher Anteil an Unternehmen gegenüber, der die 3G-Regel ablehnt: Knapp 15 % der Befragten bewerten die Vorschrift uneingeschränkt als sehr negativ. Während also extreme Bewertungen bezüglich der 3G-Regel am Arbeitsplatz überwiegen, liegt die mittlere Antwort hier bei 8 Punkten. Demgegenüber fällt dieser Median bei der Zufriedenheit mit der sonstigen Coronapolitik auf einen Wert von 5 und mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik auf einen Wert von nur 4 Punkten.

2. Die 3G-Regel am Arbeitsplatz wird vor allem in den Bundesländern als sehr negativ betrachtet, die auch besonders hohe Inzidenzen aufweisen

Wie in Abbildung II-1 dargestellt, bewerten 16,4 % der Befragten die Einführung der 3G-Regel am Arbeitsplatz als sehr negativ (0-1). Tabelle II-1 stellt heraus, wie stark die Ablehnung dieser Vorschrift von der Größe des Unternehmens, der finanziellen Belastung durch die Regel, der Industriezugehörigkeit und der geographischen Lage abhängt.

Tabelle II-1: Aufgliederung der Bewertung nach Größe, Belastung durch die 3G-Regel, Industrie und Lage des Unternehmens

		Anteil an sehr negativer Bewertung der 3G-Regel (0-1)	Mittlere Bewertung (Median) auf der 11-Punkte-Skala
Gesamtstichprobe		16,4 %	8
Mitarbeiteranzahl	Weniger als 10 Mitarbeiter	17,4 %	8
	Mindestens 10 Mitarbeiter	10,3 %	8
Finanzielle Belastung	Hohe finanzielle Belastung durch 3G-Regel	25,9 %	6
	Geringe finanzielle Belastung durch 3G-Regel	13,2 %	10
Industrien	Baugewerbe	24,3 %	7
	Handel	17,3 %	9
	Verarbeitendes Gewerbe	16,1 %	8
	Information und Kommunikation	14,6 %	10
	Krisenbranchen*	13,6 %	8
	Gesundheitswesen	10,7 %	7
Bundesländer	Thüringen	50,9 %	1
	Sachsen	37,4 %	2
	Sachsen-Anhalt	37,0 %	8
	Mecklenburg-Vorpommern & Schleswig-Holstein	24,7 %	8
	Bayern	17,3 %	8
	Berlin & Brandenburg	16,5 %	8
	Hessen	14,9 %	10
	Niedersachsen & Bremen	13,8 %	8
	Baden-Württemberg	13,0 %	8
	Rheinland-Pfalz & Saarland	11,4 %	9
	Nordrhein-Westfalen	10,0 %	9
	Hamburg	2,9 %	9

* Zusammenfassung der Wirtschaftszweige, die von den November- und Dezemberschließungen 2020 betroffen waren.

In Bezug auf die Mitarbeiteranzahl zeigt sich, dass der Anteil an sehr negativen Bewertungen für Unternehmen mit mindestens 10 Mitarbeitern um 7,1 Prozentpunkte geringer ist als bei kleineren Betrieben. Gleichzeitig scheint die Bewertung der Vorschrift stark davon abzuhängen, inwiefern Unternehmen durch die neue Regel finanziell belastet werden: Wenn die finanzielle Belastung nämlich als hoch empfunden wird, steigt der Anteil an sehr negativen Bewertungen auf 25,9 %. Demgegenüber beurteilen nur 13,2 % der Unternehmen die 3G-Regel als sehr negativ, wenn diese mit geringen finanziellen Belastungen einhergeht.

Auffällig ist der überdurchschnittlich hohe Anteil an Unternehmen des Baugewerbes, welche die 3G-Regel als sehr negativ betrachten. Ein Faktor für diese negative Bewertung könnte die komplexe Umsetzung der Vorschrift bei dezentraler Beschäftigung in diesem Wirtschaftszweig sein. Indes geben nur wenige Unternehmen der Krisenbranchen, die im November und Dezember 2020 im Rahmen eines Teil-Lockdowns schließen mussten, und des Gesundheitswesens eine sehr negative Bewertung der 3G-Regel ab. Diese Regel scheint als akzeptable Lösung zur Vermeidung von vorübergehenden Geschäftsschließungen gesehen zu werden. Im Bereich der Information und Kommunikation liegt die mittlere Bewertung sogar bei maximalen 10 Punkten.

Die Einschätzung der 3G-Regel am Arbeitsplatz schwankt zudem stark über die verschiedenen Bundesländer hinweg. Bemerkenswerterweise wird die Vorschrift allerdings vor allem in solchen Bundesländern als sehr negativ betrachtet, die bundesweit im Dezember auch die höchsten Inzidenzen aufweisen. Gerade dort, wo die 3G-Regel also Mitarbeiter und Betriebe besonders schützen soll, wird diese auch besonders kritisch gesehen.

3. Über 20 % der Unternehmen beklagen finanzielle Belastungen durch die 3G-Regel, während Spannungen unter Mitarbeitern seltener vorkommen

Tabelle II-1 hat herausgestellt, dass die Bewertung der 3G-Regel maßgeblich davon abhängt, ob diese mit finanziellen Belastungen einhergeht. Wie viele Unternehmen nun von solchen Belastungen berichten, ist in Abbildung II-2 dargestellt. Daneben zeigt Abbildung II-3, ob die neue Vorschrift zu Spannungen zwischen den Mitarbeitern eines Unternehmens führt.

Abbildung II-2: „Die 3G-Regel stellt für uns eine finanzielle Belastung dar.“

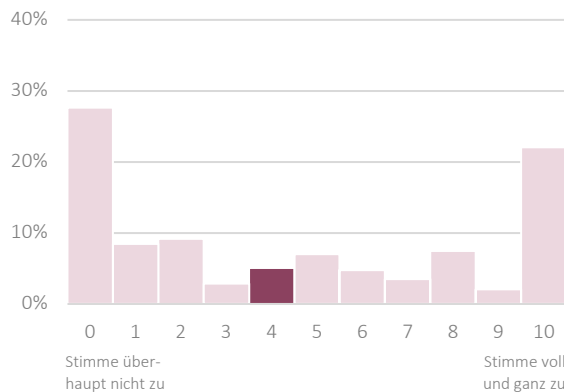
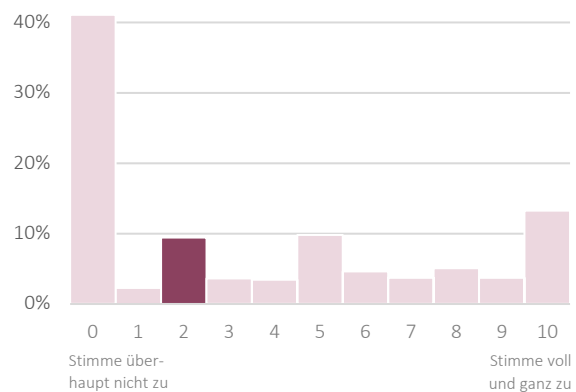


Abbildung II-3: „Die 3G-Regel führt zu Spannungen zwischen unseren Mitarbeitern.“



Obleich eine Mehrheit von beinahe 40 % der Unternehmen der Aussage, die 3G-Regel würde für sie eine finanzielle Belastung darstellen, überhaupt nicht zustimmt (0-1), beklagen 25 % der Befragten finanzielle Nachteile durch die Vorschrift zur Kontrolle des 3G-Status unter den Mitarbeitern (9-10).

Demgegenüber führt die Vorschrift bei einem geringeren Anteil an Unternehmen zu Spannungen zwischen den Mitarbeitern: Hier stimmen lediglich 18 % der Befragten der Aussage, die 3G-Regel würde Spannungen unter dem Personal hervorrufen, vollkommen zu (9-10), während die mittlere Bewertung sogar nur bei 2 von 10 Punkten liegt.

4. Bezüglich einer 2G-Regel stehen sich die Unternehmen unentschieden gegenüber

Die gemischte, und häufig extreme Bewertung der 3G-Regel zeigt sich auch in Bezug auf die Frage, ob die Unternehmen eine 2G-Regel am Arbeitsplatz befürworten würden. Wie Abbildung II-4 illustriert, stehen sich jeweils etwa 30 % der Betriebe gegenüber, die eine solche noch strengere Regelung strikt ablehnen oder stark befürworten würden. Gleichzeitig beobachten mehr als 10 % der Unternehmen, dass sich durch die Einführung der 3G-Regel mehr Mitarbeiter zu einer Impfung entscheiden.

Abbildung II-4: „Wir präferieren sogar eine 2G-Regel am Arbeitsplatz.“

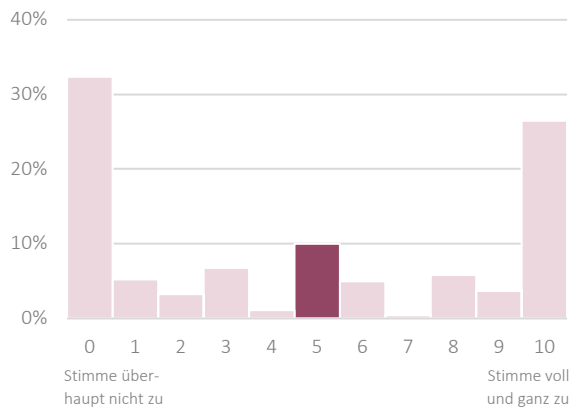
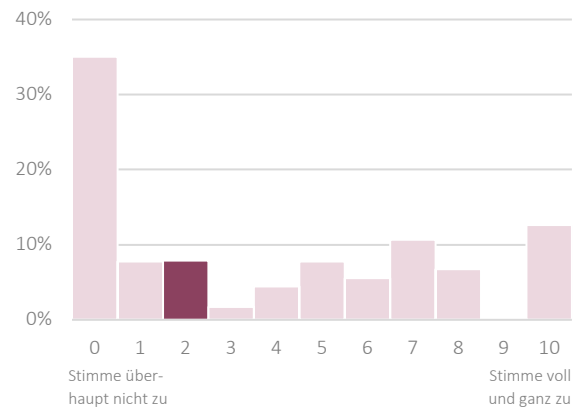


Abbildung II-5: „Mit der 3G-Regel entscheiden sich nun mehr Mitarbeiter für eine Impfung.“



Die Ergebnisse in diesem Dokument basieren auf den Auswertungen der Corona-Befragung des German Business Panel. Sie werden fortlaufend erweitert und aktualisiert. Weitere Informationen: www.gbpanel.org

Die methodischen und inhaltlichen Grundlagen der Studie finden Sie in unserem Working Paper:
The German Business Panel: Insights on corporate taxation and accounting during the COVID-19 pandemic
<https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3777306>

Autoren

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget
unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Christopher Karlsson, Yuhan Liu, Thomas Simon & Samhitha Srinivas

Universität Mannheim

German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

Leitung des German Business Panel:

Principal Investigators

wissenschaftliche Projektleitung:



Prof. Dr. Jannis Bischof
Universität Mannheim
jbischof@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Dirk Simons
Universität Mannheim
simons@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Johannes Voget
Universität Mannheim
voget@uni-mannheim.de

Research Fellow

wissenschaftliche Begleitung:



Prof. Dr. Philipp Dörrenberg
Universität Mannheim
doerrenberg@uni-mannheim.de

Scientific Project Manager

wissenschaftliches Konzept- und Projektmanagement:



Dr. Davud Rostam-Afschar
Universität Mannheim
rostam-afschar@uni-mannheim.de

www.gbpanel.org | gbpinfo@mail.uni-mannheim.de

TRR 266 Accounting for Transparency



Der TRR 266 Accounting for Transparency ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter überregionaler Sonderforschungsbereich.

Unser Team von engagierten Forschenden untersucht, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ziel ist es, eine wirksame Regulierung für Unternehmenstransparenz und ein transparentes Steuersystem zu entwickeln. In unserer eigenen Forschung gewährleisten wir die Transparenz ebenfalls.

Am TRR 266 sind mehr als 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt von den Hauptstandorten: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, der Frankfurt School of Finance & Management, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der WHU- Otto Beisheim School of Management und der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

www.accounting-for-transparency.de | trr266@mail.uni-paderborn.de

Das **German Business Panel** ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“



SFB/Transregio 266

**ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY**

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Collaborative Research Center (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency